

Fernschreiben des Gesandten Ludin an das Auswärtige Amt, 30.6.1942

Fernschreiben

Von: DG PRESSBURG Nr. 204 30.6. 42 2210

22.25 Nr. 204 ERH AUSW AMT BG

An: Auswärtig Berlin

G-Schreiben

Nr. 1006 v. 30.6. 42

Auf Drahterlaß vom 8. Juni Nr. 861

Slowakische Regierung hat nunmehr durch Verbalnote, deren Wortlaut mit Schriftbericht folgt, ausdrücklich erklärt, dass sie bereit ist, für jeden übernommenen Juden 500 RM an Reichsregierung zu bezahlen. Wegen Art und Weise der Zahlung hat Außenministerium weitere Mitteilungen vorbehalten. Besprechungen haben ergeben, dass Slowaken wünschen, die Frage der Durchführung der Zahlung durch den deutsch-slowakischen Regierungsausschuss klären zu lassen. Gesandtschaft hat im Außenministerium zur Kenntnis gebracht, dass deutscherseits Absicht bestehe, Judengelder gegen zurzeit nicht transferierbare slowakische Arbeiterlöhne zu verrechnen.